



Die Stadtverordnetenversammlung

**Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 29. Juni 2017**

Antrags-Nr. 17-F-08-0041

**Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetz  
- Antrag der Fraktion L&P vom 21.06.2017 -**

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden fordert die Hessische Landesregierung auf, eine Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes herbeizuführen, bei der die Pauschalen für die Kinderbetreuung vereinfacht und erhöht werden. Gleichzeitig sollen die Elternbeiträge abgeschafft und den Kommunen der Einnahmeausfall ersetzt werden. Ziel ist die vollständige Finanzierung der Kindertagesbetreuung durch das Land bis 2020. Das stärkere finanzielle Engagement durch das Land darf nicht zu einer Kürzung der kommunalen Anteile im Finanzausgleich führen.

---

**Beschluss Nr. 0297**

Der Antrag der Fraktion L&P vom 21.06.2017 betr.

Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetz

wird aus Zeitgründen zur Beratung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14.09.2017 vorgesehen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2017

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .06.2017

Dezernat VII  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich  
Oberbürgermeister